

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Josef Zellmeier

Abg. Franz Schindler

Abg. Katharina Schulze

Abg. Petra Guttenberger

Abg. Florian Streibl

Abg. Andreas Lorenz

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion FREIE
WÄHLER**

"Bürgerwillen respektieren - mehr direkte Demokratie"

In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Hat eine Fraktion das Benennungsrecht für mehrere Rednerinnen und Redner, kann auf Wunsch der jeweiligen Fraktion eine ihrer Rednerinnen bzw. einer ihrer Redner bis zu zehn Minuten Redezeit erhalten. Dies wird auf die Anzahl der Redner der jeweiligen Fraktion angerechnet.

Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten, erhält auf Antrag einer Fraktion eines ihrer Mitglieder Gelegenheit, fünf Minuten ohne Anrechnung auf die Zahl der Redner dieser Fraktion zu sprechen.

Erster Redner ist Kollege Prof. Piazolo. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die USA haben gewählt, und das Wahlergebnis ist für viele ein überraschendes, für manche ein Schock. Das politische Establishment ist abgewählt. Der sogenannte Politikbetrieb in Washington, für viele Amerikaner das Sinnbild für Bürgerferne, hat verloren. Der Wahlkampf hinterlässt ein gespaltenes Land, aber auch bei manchen Menschen die Hoffnung, in Zukunft mehr gehört zu werden. Dass sich diese Hoffnung erfüllt, bezweifle ich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Wahl ist aber auch ein Menetekel für Deutschland und auch für Bayern. Die Verhältnisse sind nicht eins zu eins übertragbar, aber bestimmte Ingredienzien dieses schleichenden Gifts für die Demokratie – nennen wir es Vertrauensverlust – sind auch bei uns vorhanden. Schauen wir nur in Richtung europäische Einigung und EU. Viele Menschen empfinden sie als intransparent, undemokratisch und bürgerfern.

Ich sage auch deutlich: Die bayerische Politik, die Politik der Staatsregierung der vergangenen drei Jahre wirkt trotz großer Herausforderungen erstaunlich inhaltsleer und enthält auch zum Teil die vorher genannten drei Ingredienzien des Giftes. Es herrscht eine quälende Nachfolgerdebatte eines Ministerpräsidenten, der schon vor Jahren gesagt hat, dass er 2018 aufhört. Seitdem, seit drei Jahren, führt er – wie sagte es einer Ihrer Kollegen? – in öffentlichen Selbstgesprächen dauernd Debatten über sogenannte Prinzlinge, Glühwürmchen, Kleinstrategen und Schmutzeleien. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das interessiert die Menschen nicht; das befördert die Vertrauenskrise. Die Bevölkerung wendet sich von solchen Spielchen ab, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Welche Reaktionen auf diese Vertrauenskrise sind möglich? – Bürgergesellschaft und Politik müssen wieder zusammenrücken und zusammenfinden. Die Menschen müssen das Gefühl haben und die Chance bekommen, gehört zu werden und – nicht nur bei einer Wahl! – aktiv mitzubestimmen. Deshalb fordern wir FREIEN WÄHLER seit Längerem – wir leben es auch –, die direkte Demokratie zu stärken. Dies gilt gerade in einer digitalen Gesellschaft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben direkte Demokratie in den vergangenen Jahren mehrmals vorgelebt. Ich nenne als Beispiele das Volksbegehren gegen Studiengebühren und das Volksbegehren für die Wahlfreiheit zwischen G 8 und G 9. Ehe der Zwischenruf kommt, füge ich hinzu: Auch ein Volksbegehren, das nicht eine Million Unterstützer findet, ist ein Gewinn, weil wir mit den Menschen ins Gespräch kommen und ihnen politische Themen näherbringen können. Das bringt durchaus etwas, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wir FREIEN WÄHLER stehen seit Langem für Volksbegehren auch auf Bundesebene. Seit wir im Landtag vertreten sind, fordern wir dies in vielen Anträgen. Bisher sind un-

sere Anträge leider immer von der CSU-Mehrheit abgelehnt worden. Dennoch bleiben wir bei unserer Forderung. Ich begrüße es, dass Sie von der CSU zumindest auf dem richtigen Weg zu sein scheinen, da Sie auf ihrem jüngsten Parteitag dem Antrag zugestimmt haben, Volksentscheide auf Bundesebene zu ermöglichen. Diese Forderung stand aber schon in Ihrem Programm zur Europawahl 2009, liebe Kollegen von der CSU, und seitdem sind Sie in diesem Punkt auf Bundesebene keinen Schritt weitergekommen. Reden Sie nicht nur, und schreiben Sie diese Forderung nicht nur in Ihr Programm, sondern handeln Sie endlich! Setzen Sie sich endlich mit Nachdruck dafür ein!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich darf auch die Volksbefragung nennen. Das ist eine gute Idee des Ministerpräsidenten gewesen; aber es fehlt die Umsetzung. Ich nenne ein Beispiel: Wir fordern eine Volksbefragung zu CETA. Sie aber verweigern diese seit langer, langer Zeit.

Die Direktwahl des Bundespräsidenten ist ein weiteres Beispiel.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Das ist Unsinn!)

– Das ist kein Unsinn, Herr Dr. Herrmann.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das Volk zu befragen ist kein Unsinn!)

Wenn Sie sich die Debatte über den nächsten Bundespräsidenten anschauen, müssen auch Sie zugeben, dass es sich um reine politische Taktiererei handelt. Trotz vieler Koalitionsrunden schaffen Sie es seit über einem halben Jahr nicht, einen Kandidaten zu benennen. Agieren Sie endlich! Haben Sie keine Angst vor dem Bürger, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Wille des Bürgers, sein Wohl und Wehe, das ist unsere Legitimation. Das ist der Grund, warum wir hier stehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich persönlich und wir FREIEN WÄHLER insgesamt trauen den Menschen in Bayern die Übernahme von mehr politischer Verantwortung zu. Tun Sie das endlich auch, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Zellmeier von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist innerhalb Deutschlands das Musterland für mehr direkte Demokratie.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie wollen sich doch nicht mit Rot-Grün vergleichen?)

– Man wird wohl noch sagen dürfen, was Tatsache ist.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das kleinere Übel!)

In den Bundesländern, in denen die Parteien regieren, die in diesem Hause die Opposition bilden, gibt es wesentlich weniger Bürgerbeteiligung.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Piazzolo hat vorhin die Frage gestellt, was die CSU auf Bundesebene erreicht hat. Da sei zugegeben: bisher noch nichts.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Richtig!)

Wir müssen dicke Bretter bohren. Das werden wir schaffen, wie wir es bei vielen anderen unserer Forderungen auch geschafft haben. Ich darf übrigens die Frage stellen, was Sie von den FREIEN WÄHLERN erreicht haben. Gar nichts!

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wir haben immerhin schon einen Bundespräsidentenkandidaten!)

Sie sind nicht einmal im Deutschen Bundestag vertreten. Sie werden es auch in Zukunft nicht sein, auch wenn Sie meinen, mit Fernsehdarstellern in den Wahlkampf ziehen zu müssen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei uns in Bayern herrscht großes Vertrauen in die politische Führung. Zu verdanken ist dies natürlich auch unserem Ministerpräsidenten und der Arbeit der CSU-Landtagsfraktion, die nahe am Bürger, näher am Menschen sind. Wir pflegen die Koalition mit dem Bürger. Auch insoweit lassen wir uns von niemandem etwas vormachen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen auf der linken Seite des Hauses, Sie nennen das oft Populismus. Wir nennen es Nähe zum Bürger, Nähe zum Menschen. Das ist der richtige Weg; denn nur so können wir unser Land weiterentwickeln.

Bayern hat bei der direkten Demokratie einen Spitzenplatz in Deutschland inne. Andere Bundesländer, die Änderungen in Richtung direkte Demokratie vornehmen wollen, nehmen uns als Vorbild. Ich darf daran erinnern, dass Mehr Demokratie e.V. in diesem Jahr das Jubiläum "20 Jahre Bürgerbegehren in Bayern" hier im Hause gefeiert hat. Die Mitglieder des Vereins wurden von allen Seiten gelobt – zu Recht –; denn sie leisten hervorragende Arbeit und haben viel durchgesetzt. Mehr Demokratie e.V. hat übrigens eine Statistik erstellt, die sehr interessant ist: Seit der Einführung der Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gab es bayernweit 2.220 Bürgerbegehren, 456 Ratsbegehren und 1.629 Bürgerentscheide. Das ist eine hohe Zahl. Sie entspricht fast 40 % aller Bürgerbeteiligungsverfahren, die im gesamten Bundesgebiet durchgeführt worden sind.

Die Themenvielfalt ist enorm. Es geht nicht nur darum, etwas zu verhindern, sondern auch darum, etwas zu beschleunigen bzw. voranzutreiben. Es zeigt sich auch, dass Bürgerbeteiligung eine hohe befriedende Wirkung hat. Dies gilt gerade bei strittigen

Themen; ich erinnere an den Volksentscheid zum strikten Rauchverbot. Bürgerbeteiligung ist ein Instrument, um Zufriedenheit in der Bevölkerung herzustellen und widerstreitende Interessen auszugleichen; denn wenn das Volk gesprochen hat, dann schweigt oft der politische Kampf.

Liebe Kollegen von der Opposition, Sie wollen Bürgerentscheide und Volksentscheide als Kampfinstrument der Wahltaktik einsetzen.

(Lachen bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir wollen das nicht. Wir setzen darauf, dass sich die Bürger für unseren Staat engagieren und dabei die richtige Einschätzung treffen.

In Bayern sind viele – nahezu alle – Themen als Gegenstand von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden auf kommunaler Ebene zulässig. Das ist eine Besonderheit. In anderen Ländern dagegen sind viele bei uns zulässige Themen ausgespart. Das gilt auch für die Volksbegehren. Dort ist Bayern ebenfalls Vorbild. Insgesamt gab es 36 Anträge auf Zulassung, 20 Volksbegehren wurden durchgeführt. Immerhin haben 8 Volksbegehren die erforderliche Unterstützung von 10 % der stimmberechtigten Bürger erhalten. Davon waren 3 Volksbegehren erfolgreich.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das war aber nicht euer Verdienst! Ihr habt gegen das Volksbegehren gekämpft!)

Ich erinnere nur an die Volksbegehren zum Nichtraucherschutz und zur Abschaffung des Senats. Zwar habe ich die Abschaffung des Senats persönlich bedauert, man muss jedoch die Entscheidung des Volkes akzeptieren. Im Übrigen haben auch gescheiterte Volksbegehren und Volksentscheide Folgen nach sich gezogen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): G 8, G 9!)

Ich nenne die Abschaffung der Studienbeiträge und das Konnexitätsprinzip. Die CSU hat die Anliegen des Volkes aufgenommen und in diesem Hohen Hause thematisiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir treten auch für die Einführung von Plebisziten auf Bundesebene ein. Dazu gibt es auch einen Ministerratsbeschluss von Dezember 2012. Wir wollen, dass das Volk bei wichtigen Entscheidungen befragt werden kann. Dabei soll es sich nicht um ein obligatorisches Referendum handeln. Jedoch sollte es bei wichtigen Entscheidungen, beispielsweise im Falle einer Kompetenzübertragung auf die europäische Ebene, die Möglichkeit geben, das Volk zu befragen. Gerade in letzter Zeit erleben wir, wie kritisch die Bevölkerung bestimmten Vorhaben auf europäischer Ebene gegenübersteht. Dies kann man durch Referenden kanalisieren und somit der Volksmeinung Ausdruck verleihen.

Im Übrigen sind wir als CSU in dieser Frage der Partner in der Koalition, der die Durchführung von Plebisziten am entschiedensten vertritt. Wir wollen das auch weiterhin so handhaben. Deshalb haben wir eine Mitgliederbefragung durchgeführt. Selbstverständlich gibt es auch in unserer Partei Stimmen, die sagen: Brauchen wir das wirklich auf Bundesebene? Wir haben unsere Mitglieder befragt. Das Ergebnis war eindeutig: Mehr als zwei Drittel der Mitglieder haben sich dafür ausgesprochen. Deshalb wird dies in das nächste Wahlprogramm und in den nächsten Bayernplan aufgenommen. Wir werden weiter engagiert daran arbeiten. Sie können sicher sein, dass die CSU nicht die Partei ist, die von ihrem Vorhaben ablässt, selbst wenn es dauert und die Einsicht bei unseren Partnern in Berlin noch nicht vorhanden ist. Gerade im vergangenen Jahr gab es viele negative Beispiele auf der Seite der SPD. In vielen Punkten ist die SPD der Entwicklung nachgehinkt. Das gilt insbesondere für die Flüchtlingskrise.

Wir haben das Instrument der Volksbefragung eingeführt. Das ist eine großartige Leistung. Mit dem Instrument der Volksbefragung ist es im Vergleich zum Volksentscheid möglich, die Bevölkerung zu haushaltsrelevanten Themen und zum Regierungshandeln zu befragen. Das Ergebnis ist nicht verbindlich, weil letztendlich noch eine politische Debatte möglich sein muss. Das Ergebnis einer Volksbefragung und die Höhe der Beteiligung entscheiden am Ende über den Einfluss auf die politische Debatte.

Vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof sind zwei Klagen anhängig. SPD und GRÜNE sind gegen mehr Bürgerbeteiligung ins Feld gezogen.

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Das halten wir für verfehlt. Wir hoffen, dass der Bayerische Verfassungsgerichtshof eine Änderung der Verfassung nicht für notwendig erachtet. Ich bin davon überzeugt, dass wir hierfür keine Zweidrittelmehrheit erhalten. Sie reden zwar von Bürgerbeteiligung, wollen diese in der Praxis jedoch nicht. Deshalb hoffe ich, dass der Bayerische Verfassungsgerichtshof die einfache gesetzliche Regelung der Volksbefragung für zulässig erklärt. Es stellt sich jedoch die Frage, ob eine Verfassungsänderung notwendig ist. Wir glauben es nicht. Wir werden mit Ihnen in diesem Hause voraussichtlich keine Zweidrittelmehrheit für eine Verfassungsänderung erreichen. Davon bin ich überzeugt. Deshalb wäre es die beste Lösung, wenn der Bayerische Verfassungsgerichtshof unser Vorhaben im Rahmen der aktuellen verfassungsrechtlichen Vorgaben für zulässig erklärt.

Meine Damen und Herren, ich möchte das zusammenfassen. Die CSU ist für eine Beteiligung der Bürger auf Augenhöhe. Wenn Staat und Bürger auf Augenhöhe sind, schafft dies Vertrauen und die erforderliche Zustimmung für unsere politischen Vorhaben. Im Einzelfall wird es auch Ablehnungen geben. Das ist auch im Sinne des Erfinders; denn wenn der Bürger einmal seinen Unmut äußern kann, hat das eine hohe befriedende Wirkung. Bürgerentscheide, Bürgerbegehren und Volksentscheide schaffen hohe Akzeptanz. Sie stabilisieren das System der repräsentativen Demokratie. Wir wollen die repräsentative Demokratie stärken und beibehalten und sie nicht abschaffen. Das wäre völlig verfehlt. Eine Bürgerbeteiligung stabilisiert die repräsentative Demokratie. Jetzt besteht die Möglichkeit, dass der Bürger zu bestimmten Themen eine andere Meinung äußern kann als die Mehrheit im Parlament.

(Florian von Brunn (SPD): Dritte Startbahn!)

Meine Damen und Herren, das ist das Geheimnis der CSU, das Sie nie verstanden haben.

(Lachen bei den FREIEN WÄHLERN)

Unser Ohr ist nah am Bürger. Wir wissen, was die Menschen denken. Nur in Einzelfällen kann es sich dabei um eine Fehleinschätzung handeln. Das gebe ich zu. Wir sind so erfolgreich, weil wir bereit sind, auf die Stimme des Volkes zu hören und diese in politisches Handeln umzusetzen. Wir akzeptieren, wenn das Volk bei bestimmten Themen anderer Meinung ist. Das ist unser Geheimnis. Wir sind näher am Menschen, wir sind nah am Bürger. Deshalb werden wir die direkte Demokratie auf Bundesebene durchsetzen und ausbauen, auch wenn es lange dauern wird. Davon werden wir nicht ablassen. Die Bürgerbeteiligung ist ein entscheidender Teil unserer Politik. Wir werden weiter voranschreiten. Sie werden vielleicht alle fünf oder zehn Jahre einen Volksentscheid gewinnen – das sei Ihnen vergönnt. Wir werden weiter regieren. Das ist die beste Kombination, die wir uns vorstellen können.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Schindler von der SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Franz Schindler (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Zellmeier, vielen Dank, dass Sie das Geheimnis des Erfolgs der CSU gelüftet haben. Jetzt kennen wir es endlich auch. Wir werden uns danach richten.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es ist richtig, dass Bayern im Vergleich zu anderen Bundesländern ein Musterland für direkte Demokratie ist. Die CSU versucht jedoch, den Eindruck zu vermitteln, als sei dies ihr Erfolg. Herr Kollege Zellmeier, mit Verlaub, das

kann man nur als Chuzpe bezeichnen. Dass es die direkte Demokratie in dieser Form in Bayern gibt, hat nichts mit der CSU zu tun.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Die direkte Demokratie hat gegen die CSU erkämpft werden müssen.

Meine Damen und Herren, Sie haben die Klagen gegen das Instrument der Volksbefragung angesprochen. Wir als SPD haben nichts gegen Volksbefragungen. Ich darf daran erinnern, dass wir die erste Fraktion waren, die einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht hat. Wir klagen vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof mit einer anderen Argumentation als die GRÜNEN. Wir sind nicht gegen Volksbefragungen, sondern gegen die Art und Weise, wie Sie dieses Instrument konstruieren wollen. Sie wollen dies nur mit Beschluss der Staatsregierung und der Mehrheit auf den Weg bringen. Das ist unser Kritikpunkt. Wir kritisieren jedoch nicht das Instrument der Volksbefragung.

(Beifall bei der SPD)

In diesen Tagen feiern wir das 70-jährige Jubiläum der Bayerischen Verfassung. Gelegentlich hat man den Eindruck, dass auch nach 70 Jahren nicht alle wissen, was dort steht. Die Bayerische Verfassung ist nicht nur als dogmatisches Werk verfassungsrechtlicher Art, sondern vor allem als Lesebuch konzipiert worden. Deshalb lese ich Ihnen vor, was dort steht. Es entsteht leicht der Eindruck, als wäre die Forderung nach mehr direkter Demokratie und der Durchsetzung des Bürgerwillens etwas Neues in diesen Zeiten. Deshalb will ich Ihnen vorlesen, was in der Bayerischen Verfassung steht: "Bayern ist ein Volksstaat." Das bedeutet, dass Bayern ein demokratischer Staat ist. Nach unserer Verfassung ist Träger der Staatsgewalt nicht etwa die Regierung oder gar die Regierungspartei, sondern das Volk selbst. Die Staatsgewalt geht auch nicht vom Volk aus, wie es in der Weimarer Verfassung stand und wie es im Grundgesetz heißt. Stattdessen ist das Volk selbst Träger der Staatsgewalt.

Mit unüberbietbarer Prägnanz heißt es weiter in unserer Verfassung: "Das Volk tut seinen Willen durch Wahlen und Abstimmung kund. Mehrheit entscheidet." Das Legitimationssubjekt staatlicher Entscheidungen und von Staats- und Hoheitsgewalt ist das Volk, das seinen Willen durch Wahlen und Abstimmungen kundtut. Artikel 7 Absatz 2 ist zu entnehmen: "Der Staatsbürger übt seine Rechte aus durch Teilnahme an Wahlen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden sowie Volksbegehren und Volksentscheiden."

Nach Artikel 5 Absatz 1 steht die gesetzgebende Gewalt ausschließlich dem Volk und der Volksvertretung zu, nicht aber die vollziehende oder gar die richterliche Gewalt. Gesetzesvorlagen werden entweder vom Ministerpräsidenten namens der Staatsregierung, aus der Mitte des Landtags, meistens von der Opposition, oder vom Volk vorgelegt. Gesetze werden entweder vom Landtag oder vom Volk beschlossen – von sonst niemandem. Über Verfassungsänderungen entscheidet ausschließlich das Volk, sonst niemand. Damit ist an sich alles gesagt und geregelt, meine Damen und Herren. Und wer hat es erfunden? Wer hat es vor 70 Jahren gemacht? – Das war nicht die CSU, es waren aber auch nicht die GRÜNEN und auch nicht die FREIEN WÄHLER,

(Heiterkeit bei und Zurufe von der SPD)

sondern es war die SPD. Es war der Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner, der das vor 70 Jahren formuliert hat, als das Land noch auf FREIE WÄHLER verzichten konnte, ohne dass es ihm geschadet hätte.

(Heiterkeit bei und Zurufe von der SPD)

Der Volksstaat der Bayerischen Verfassung hat eine repräsentativ parlamentarische und bekanntermaßen eine unmittelbar plebiszitäre Komponente. Gemäß Artikel 4 wird die Staatsgewalt durch die stimmberechtigten Staatsbürger selbst oder durch die Volksvertretung ausgeübt. Die Staatsregierung ist Vollzugsbehörde, meine Damen und Herren Staatssekretäre und Minister! Sie ist Vollzugsbehörde nach unserer Baye-

rischen Verfassung, trotz allem Pomp, den wir gelegentlich erleben, und trotz aller neuen Erscheinungen.

Ich wundere mich schon, dass mehrere Minister nicht mehr auf die Dienste der Post vertrauen, sondern jeden einzelnen Förderbescheid, sei der Betrag auch noch so gering, höchstpersönlich beim Bürgermeister mit großem Gefolge und Pressestäben abliefern.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

So, wie früher Kolonialherren Perlen unters Volk verteilt haben, verteilt heute die Staatsregierung als Vollzugsbehörde ihre Förderbescheide. Ich sage das nur zur Erinnerung und Einordnung. Das steht in der Bayerischen Verfassung.

Von der gesetzgebenden Gewalt macht das Volk gelegentlich auch Gebrauch; das ärgert uns zwar manchmal, aber es ist nun einmal so. Den ersten Volksentscheid gab es vor genau 70 Jahren, als das Volk die Verfassung angenommen hat.

Wenn die FREIEN WÄHLER jetzt fordern, den Bürgerwillen zu respektieren, und sich für mehr Demokratie aussprechen, ist das gut und schön, aber 70 Jahre nach Inkrafttreten der Bayerischen Verfassung nicht sonderlich originell.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ja, ja, sagen Sie das alles ruhig so!)

Regelmäßig beantragen wir und die GRÜNEN und neuerdings auch die FREIEN WÄHLER, dass hier eine Vereinfachung erfolgen soll. Dafür sind auch wir.

Was die Bundesebene betrifft, möchte ich auf Folgendes hinweisen. Es ist den besonderen Umständen der Gründerjahre geschuldet, dass im Grundgesetz fast keine plebiszitären Elemente vorgesehen sind. Das häufig bemühte Argument, dass die Weimarer Republik auch an zu vielen Volksentscheiden gescheitert sei, war schon immer

falsch und taugt jedenfalls heute nicht mehr als Argument gegen bundesweite Volksentscheide.

Die Weimarer Republik ist bekanntermaßen nicht an zu viel Demokratie gescheitert, sondern an zu wenig Demokraten. Ganz an ihrem Ende, nämlich 1933, ist sie nicht von Mehrheiten auf der Straße, sondern von Mehrheiten in den Parlamenten gegen die Stimmen der SPD abgeschafft worden. Auch dieser Freistaat Bayern ist gegen die Stimmen der Sozialdemokraten im Landtag abgeschafft und zu einer Verwaltungsprovinz degradiert worden. Da hatten sich die Parlamente geirrt, nicht das Volk, wie es ihm gelegentlich unterstellt wird.

Natürlich kann sich auch das Volk in seiner Mehrheit irren, aber auch ein Parlament. Die deutsche Geschichte des letzten Jahrhunderts liefert hierfür viele Belege.

Als nach der deutschen Wiedervereinigung eine große Verfassungsreform auf der Tagesordnung stand, war es – mit Verlaub – wieder ein Sozialdemokrat, und zwar diesmal Hans-Jochen Vogel, der als Obmann der SPD in der Verfassungskommission leidenschaftlich für eine Verfassungsänderung zur Einführung von Volksbegehren und Volksentscheiden auf Bundesebene eingetreten ist. Die Konservativen und die Liberalen waren dagegen, die FREIEN WÄHLER waren nicht dabei.

Im Jahr 2002 hat die rot-grüne Regierung unter dem Sozialdemokraten Gerhard Schröder noch einmal einen Anlauf gemacht und ist wieder an den Konservativen und Liberalen gescheitert.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Bei der Bildung der jetzigen Großen Koalition war die Einführung von Volksbegehren und Volksentscheiden auf Bundesebene durchaus ein Thema. Diesmal ist es an der CDU gescheitert. Ich gebe zu, es war nicht die CSU. In diesen Tagen haben sich Mitglieder der CSU dafür ausgesprochen, Volksentscheide auf Bundesebene in das neue Grundsatzprogramm aufzunehmen. Das freut mich, nachdem die CSU jahrzehntelang

der Parole ihres früheren Vorsitzenden gefolgt ist, die da lautete: Vox populi, vox Rindvieh, und im Landtag mehrere Anläufe der Opposition mit exakt der gleichen Forderung, die sie jetzt von ihren Mitgliedern hat beschließen lassen, abgelehnt hat.

Es ist einerseits gut, dass sich auch im konservativen Lager etwas bewegt. Andererseits beunruhigt es schon etwas, meine Damen und Herren, dass der Ruf nach mehr Volksentscheiden heute auch zum Kern rechtskonservativer Argumentation, und zwar nicht nur bei uns, sondern auch in vielen anderen Ländern, gehört und von Rechtspopulisten lautstark erhoben wird.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Wenn man, so wie die SPD seit vielen Jahren, ja Jahrzehnten, die Grundsatzfrage, ob bundesweite Volksentscheide ermöglicht werden sollen, positiv beantwortet, dann fangen die Probleme aber erst an, wenn es um die Details geht, in welchem Umfang und zu welchen Materien bundesweite Volksentscheide ermöglicht werden sollen. So wie in Bayern, wo das Volk das Recht zur Gesetzgebung hat und ein Volksbegehren immer eine Gesetzesvorlage zum Gegenstand haben muss, oder aber ganz anders, zum Beispiel in der Weise, dass Volksentscheide, so wie es die FREIEN WÄHLER in einem Dringlichkeitsantrag vor Kurzem locker formuliert haben, zu nationalen und europäischen Fragen ermöglicht werden sollen?

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

– Zu welchen denn?

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Sollen es also bundesweite Volksentscheide, zum Beispiel zu CETA oder zur Frage des Beitritts der Türkei zur EU, zum Austritt aus der EU oder zum Euro geben? Wozu sollen sie ermöglicht werden? Darüber kann und muss man streiten. Wir sind dazu bereit; wir wollen dies seit Jahrzehnten.

Plebiszite sind per se weder immer gut noch immer schlecht für die Demokratie. Sie können sowohl konstruktiv als auch destruktiv sein. Die Mehrheit ist nicht gleichzusetzen mit Wahrheit; das gilt im Parlament und gilt auch für ein Plebiszit. Auch in einer plebiszitären Demokratie muss es Tabus geben, und die Ewigkeitsgarantien der Verfassung dürfen nicht in Frage gestellt werden. Sowohl die parlamentarische als auch die plebiszitäre Demokratie brauchen deshalb ein Korrektiv in Form eines Verfassungsgerichts.

Dennoch, meine Damen und Herren: Trotz aller Probleme sind wir für bundesweite Volksbefragungen und Volksentscheide, so wie wir für Bürgerbegehren und Volksentscheide auf Landesebene waren und sind. An uns wird die direkte Demokratie nicht scheitern. Im Gegenteil, das gehört zu unserer DNA.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als nächste Rednerin hat Kollegin Schulze vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte sehr.

Katharina Schulze (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als GRÜNE gefällt mir das Thema der Aktuellen Stunde; denn das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist die Partei, die seit ihrer Gründung für die direkte Demokratie steht, sowohl in unseren inhaltlichen Forderungen als auch in unseren Parteistrukturen und unseren Werten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Mütter und Väter der Bayerischen Verfassung hatten Weitblick. Sie haben mit Volksbegehren und Volksentscheiden eine wichtige Ergänzung zur parlamentarischen Demokratie geschaffen. Die Bürgerinnen und Bürger nützen diese, um die falschen Weichenstellungen der Regierung zu korrigieren und eigene Themen auf die Tagesordnung zu setzen. Die Bürgerinnen und Bürger haben sich dadurch selbst mehr direkte Demokratie geschaffen, indem eine breite Koalition gegen den erbitterten Wider-

stand der CSU-Regierung den kommunalen Bürgerentscheid eingeführt hat. So manches unsinnige Projekt, das im Hinterzimmer entstanden ist, wurde dadurch gestoppt.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die überflüssige dritte Startbahn, die die CSU lieber heute als morgen bauen würde. Aber da muss ich Ihnen eine Warnung zuzurufen. Wir werden darauf achten, dass das Bürgervotum geschützt wird; denn die Bürgerinnen und Bürger haben die dritte Startbahn abgelehnt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, eine Gesellschaft, die bunter und vielfältiger wird, lässt sich nicht einen, indem man ihr eine Leitkultur überstülpt. Sie akzeptiert aber gemeinsame Positionen, wenn auf Augenhöhe über strittige Fragen debattiert wird und die Menschen an der Entscheidung beteiligt werden. Mitmachen und Mitentscheiden sind keine Modeerscheinung, sondern dringend nötige Prinzipien einer emanzipierten und vielfältigen Gesellschaft.

Da, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es gut, wenn die Bürgerinnen und Bürger durch Bürger- und Volksentscheide direkten Einfluss nehmen können. Bevor man sich nun aber zufrieden zurücklehnt, muss man feststellen: Das alleine reicht nicht. Eine Mitmachdemokratie braucht mehr. Sie darf die Menschen und ihren Wunsch nach Beteiligung nicht erst dann ernst nehmen, wenn eine Niederlage in einem Referendum droht. Wir müssen vorher anfangen, indem wir auch hier in Bayern endlich ein längst überfälliges Transparenzgesetz verabschieden.

Die Menschen haben das Recht, öffentliche Daten einzusehen; denn diese Daten gehören ihnen, nicht irgendeiner Obrigkeit. Es ist eine Schande, dass wir in Bayern immer noch keine Informationsfreiheit haben, während andere Bundesländer da schon lange Vorreiter sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Menschen in Bayern haben auch das Recht, bei Planungen mitzusprechen, und nicht erst dann, wenn eigentlich schon alles entschieden ist. Wir brauchen deshalb eine Kultur des Mitmachens und des Mitentscheidens.

Direkte Demokratie hat aber auch eine andere Voraussetzung. Anders, als es die rechten Demagogen gerne glauben machen wollen, gibt es keinen vorab existierenden Volkswillen, dem man nur noch zum Durchbruch verhelfen muss. Auch direkte Demokratie beruht auf der Debatte und dem Ringen um Positionen und Argumente. Es geht um die beste Lösung im Sinne des Gemeinwohls, und nicht darum, Einzelinteressen durchzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb braucht direkte Demokratie vielleicht noch mehr als die parlamentarische Demokratie eine verantwortliche Haltung, die Gegenargumente und andere Gruppen akzeptiert und nicht diffamiert. Sie braucht klare Regeln. Was es für die politische Kultur bedeutet, wenn wir uns daran nicht halten, können wir in den USA sehen. Die jahrelange menschenverachtende Rhetorik von rechtskonservativen Kreisen hat den Nährboden für eine tiefe Spaltung des Landes bereitet. Sie, die CSU, machen gerade denselben Fehler, Sie vereinen eben nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch eine weitere Voraussetzung hat die direkte Demokratie: Das Volk muss der Souverän bleiben. Placebodemokratie nach Gutsherrenart wie die von der CSU propagierte Volksbefragung hebt genau diese Souveränität aus und macht das Volk zur Restgröße machttaktischer Überlegungen. Ihre Argumentation, Herr Zellmeier, ist wirklich lächerlich. Sie haben hier die Volksbefragung als große Errungenschaft der direkten Demokratie gefeiert, obwohl diese nicht bindend ist, sodass damit den Menschen nur vorgegaukelt wird, dass sie etwas entscheiden könnten. So geht keine direkte Demokratie.

(Beifall bei den GRÜNEN – Josef Zellmeier (CSU): Mehr Vertrauen zur Staatsführung!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Freiheit und unsere Demokratie sind nicht naturgegeben. Mehr denn je müssen wir darum kämpfen. Direkte Demokratie spielt dabei eine wichtige Rolle, aber nur dann, wenn sie klare Regeln hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächste hat Frau Kollegin Guttenberger von der CSU das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Petra Guttenberger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist ein Erfolgsmodell, auch wenn es die Opposition nicht hören will.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Natürlich wollen wir das hören!)

Ich verstehe natürlich, dass man bei einem so überaus erfolgreichen Modell,

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Besser als in Baden-Württemberg! Dieser Satz fehlt!)

wie es in Bayern mit den verschiedenen Möglichkeiten wie Volksentscheid, Volksbegehren, Bürgerentscheid, Bürgerbegehren oder Volksbefragung praktiziert wird,

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Besser als in Nordrhein-Westfalen! Dieser Satz fehlt auch!)

gerne die Vaterschaft für Volksbegehren und Volksentscheid beansprucht, Herr Schindler. Das kann ich schon verstehen.

(Widerspruch des Abgeordneten Franz Schindler (SPD))

Diese Geschichtsklitterung sollten wir etwas ins rechte Licht rücken. Die SPD hat 1946 doch nicht allein mit ihren 28,8 % und 51 Sitzen in der Verfassunggebenden Landesversammlung die Bayerische Verfassung beschlossen. Nein, beschlossen hat sie die Mehrheit in der Verfassunggebenden Landesversammlung, und dazu hat die CSU mit 58,3 % und 109 Sitzen beigetragen. Herr Schindler, das ist die Wahrheit. Wenn Sie glauben, man könne die Volksgesetzgebung mit knapp 29 % durchsetzen, ist das mathematisch zwar interessant, mit der Realität aber nicht in Einklang zu bringen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Schauen Sie erst einmal, dass Sie sich im Bund durchsetzen können!)

Bürgerbegehren und Bürgerentscheide wurden aufgrund einer Initiative des Volkes eingeführt. Dabei vom Widerstand der etablierten Parteien zu sprechen – bei Ihnen ist das immer die CSU, das verstehe ich auch –, stimmt nicht, weil sich auch viele von der CSU für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide starkgemacht haben. Wir sollten doch nicht versuchen, mit aller Gewalt Gegensätze aufzubauen, die es nicht gibt. Alles wird immer irgendwie negativ dargestellt. Lassen wir es aber einmal dabei.

Ich persönlich habe Probleme, wenn ich mir anschaue, wie wichtig es ist, mehr Demokratie zu haben, und erleben muss, dass die GRÜNEN und die SPD massiv gegen die Volksbefragung vorgehen. Was jetzt? Mehr Demokratie oder doch nicht so ganz? Diese Fragen haben Sie mir nicht beantwortet. Sie müssen sie mir auch nicht beantworten.

Wir haben aber das Glück, dass wir die plebiszitären Elemente seit 1946 weiterentwickelt haben. Jetzt machen wir den nächsten Schritt. Unsere Mitglieder haben uns einen Auftrag gegeben und gesagt, sie wollen Volksbegehren auf Bundesebene. In vier Wochen wird uns dann wahrscheinlich ein Antrag blühen, mit dem gefragt wird, warum noch nichts geschehen ist, obwohl Sie wissen müssten, dass es noch nicht sehr weit führt, wenn nur ein Bundesland das will.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Also ist das nur ein Showantrag auf Bundesebene!)

– Herr Aiwanger, wir wissen doch beide, dass wir dazu andere Bundesländer brauchen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die Frau Merkel bräuchten Sie dazu! Die CDU bräuchten Sie!)

– Frau Merkel ist nicht Mitglied des Bundesrats. Das wollen wir jetzt nicht weiter vertiefen. Ich gehe davon aus, dass seitens der Staatsregierung Kontakte mit anderen Bundesländern aufgenommen werden, die wir dazu brauchen. Wenn wir auf Bundesebene plebiszitäre Elemente einführen wollen, müssen wir klarlegen, welche Quoren wir dazu in den jeweiligen Bundesländern brauchen. Wir müssen dann ehrlich zueinander sein. Wir müssen festlegen, welche Themen sich die anderen Länder für Plebiszite vorstellen können. Erst dann kann ich es umsetzen. Es macht sich vielleicht in der Zeitung ganz gut zu äußern, das ginge von gestern auf heute, aber das ist nicht seriös.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Was?!)

Jetzt haben wir den richtigen Input. Wir haben die plebiszitären Elemente weiterentwickelt. Unsere Mitglieder wünschen das. Wir werden es jetzt auch weiter vorantreiben.

Lassen Sie mich auch noch einen Satz zu Quoren und Ähnlichem sagen. Wir sind der festen Überzeugung, dass gerade wegen des klaren Quorums Volksbegehren und Volksentscheide bei unseren Bürgerinnen und Bürgern einen so hohen Stellenwert haben. Dadurch kommt außerhalb der repräsentativen Demokratie nur das zum Tragen, was von einer breiten Mehrheit getragen wird. Auf diesem Weg wollen wir weitermachen. Ich danke fürs Zuhören und freue mich, dass Sie die Demokratie so hochschätzen, Herr Kollege.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat der Kollege Streibl von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Demokratie war noch nie so schön wie heute. Die Debatte hier im Haus zeigt, dass Demokratie lebhaft sein und die freie Rede vorherrschen muss. Das ist so schön, dass dabei eigentlich alle und auch das Volk mitmachen sollten. Bei den Anmerkungen von Herrn Zellmeier und der CSU, die für manche plebiszitären Elemente die Urheberschaft beanspruchen, kommt mir ein Gedanke: Sie sagen, Sie hätten eine Koalition mit dem Volk. Vorher haben wir von Herrn Schindler gehört, dass nach der Bayerischen Verfassung das Volk der Souverän ist und dass das Volk bestimmt, während die Staatsregierung eigentlich nur das ausführende Organ ist. Wenn Sie dann von einer Koalition mit dem Souverän sprechen, erheben Sie sich selbst zum Souverän. Das ist falsch. Dieser Blickwinkel auf dieser Seite ist völlig falsch. Sie sagen, Sie seien auf Augenhöhe mit dem Volk. Nein, das Volk steht über uns. Das müssen wir uns bewusst machen. Das ist der richtige Weg und die richtige Sichtweise.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Schindler, Ihre Ausführungen waren höchst interessant. Jetzt wissen wir, was die SPD einmal war. Was sie heute ist, wissen wir noch nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Josef Zellmeier (CSU): Sehr richtig!)

Dass Sie sich vor 70 Jahren große Ehren erworben haben, ist richtig. Wir müssen aber auch heute immer wieder für die Demokratie kämpfen und für sie eintreten. Deswegen ist es auch legitim, wenn wir als Neulinge in diesem Haus dieses Thema immer wieder auf das Tapet heben; denn Demokratie ist keine Urkunde, die man irgendwann einmal verfasst, ins Bücherregal stellt und verstauben lässt. Um Demokratie muss man tagtäglich ringen.

Das ist es, was wir hier tun. Das ist es auch, was das Volk möchte. Die Politik handelt eigentlich immer vom Zusammen- und Miteinandersein der verschiedensten Akteure in einem Land. Politik entsteht, wenn die Menschen ihre verschiedenen Meinungen und ihre Vielfalt artikulieren und zusammenbringen und daraus etwas Neues entsteht. Die Freiheit ist der Sinn der Politik, die Freiheit, immer wieder einen Neuanfang zu machen und immer wieder etwas Neues zu erringen. Hierfür ist es wichtig, dass es den Raum für die freie Rede gibt. Gerade durch die plebiszitären Elemente wollen und müssen wir Räume für die freie Rede und für die Freiheit schaffen. Wir müssen Räume schaffen, in denen die Menschen ihre Verschiedenheiten artikulieren und zusammenbringen können, damit durch die Vielfalt der Meinungen etwas Neues entstehen kann und damit die Menschen auch mitgenommen werden. Es geht um die politische Teilhabe der Vielen. Dazu gehört auch, dass die Informationen vorher fließen und die Menschen aufgeklärt und mitgenommen werden. Wichtig und richtig ist, dass es in Bayern die meisten Volks- und Bürgerbegehren gibt. Hier werden die Menschen mitgenommen. Das ist ein ganz zentraler Aspekt.

Ich verweise hier auf die Enzyklika "Laudato si'" von Papst Franziskus: Einen privilegierten Platz in der politischen Auseinandersetzung hätten die Einwohner vor Ort. Diese seien zu hören und mitzunehmen. Aber Papst Franziskus sagt auch, dass Beteiligung Information verlange. Deswegen brauchen wir neue Instrumente der Information.

Das haben wir, die Opposition, immer wieder vorgelegt, zum Beispiel in Informationsfreiheitsgesetzen und in Informationstransparenzgesetzen. Die Menschen müssen die Informationen erhalten können, um letztlich entscheiden zu können und um mitgenommen werden zu können. Wenn man diese Informationen nicht gibt und die Menschen nicht mitnimmt, dann folgen unerwünschte Ergebnisse. Diese Situation ebnet den Raum für Populisten, die das Volk missbrauchen können. Aber wir brauchen eine aufgeklärte, mündige und informierte Bürgerschaft. Die Voraussetzungen dafür müssen wir schaffen und immer wieder neu schaffen.

Mit Blick auf die rechte Seite sage ich: Wenn Sie es mit der Forderung nach mehr direkter Demokratie ernst meinen, dann ebnen Sie auch den Weg für die Informationen für die Bürger. Nicht das Durchregieren, wie es die CSU oft und gerne sagt und macht, ist das Motto der Zeit, sondern das Motto der Zeit ist, den Bürger ernst zu nehmen und dem Bürger Informationen zu geben, damit er selber die richtigen Entscheidungen treffen kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Lorenz von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Andreas Lorenz (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kollegen! Wenn wir uns die politische Landschaft in den deutschen Bundesländern anschauen, sehen wir, dass die Mehrheit der Bundesländer von SPD-Ministerpräsidenten regiert wird. Viele Bundesländer sind rot-grün-regiert. Außer Bayern gibt es kaum ein Bundesland, in dem SPD und GRÜNE in den letzten Jahren nicht in irgendeiner Regierungsverantwortung gewesen sind. Daher ist es verwunderlich, dass genau in diesen Bundesländern – in den meisten Bundesländern hatten Sie in den vergangenen Jahren auch Verantwortung – das Element der direkten Demokratie nicht so ausgeprägt ist wie in Bayern.

Bayern ist unbestritten das Musterland der direkten Demokratie. Darauf sind wir alle stolz. Die Zahlen wurden bereits genannt. Im kommunalen Bereich finden 40 % aller deutschen demokratischen Akte in Bayern statt. Was die Zahl der landesweiten Volksentscheide angeht, waren 6 von 23 in Bayern. Bayern liegt unter den 16 Bundesländern weit an der Spitze. Andere Bundesländer tun sich da sehr, sehr schwer. Hier kann man die Frage stellen: Ist es Ihnen, Rot-Grün, nur da wichtig, das Thema direkte Demokratie anzusprechen, wo die Aussichten auf Regierungsbeteiligung nicht so gut sind? Wieso gibt es diese basisdemokratischen Elemente nicht in den anderen Bun-

desländern, beispielsweise in Nordrhein-Westfalen? Da muss ein bisschen an der Redlichkeit der Argumentation gezweifelt werden.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Es wäre besser gewesen, er hätte geschwiegen!)

Aber um Sie auch etwas in Schutz zu nehmen, weil die GRÜNEN gesagt haben, sie waren immer schon für die direkte Demokratie, kann ich sagen, dass eine Partei wie die SPD oder die CSU eine deutlich längere Parteitradition haben. Dass sich Meinungen im Laufe der Jahrzehnte oder wie bei der SPD im Laufe von über 100 Jahren ändern, dürfte selbstverständlich sein.

Wir als Münchner sind insbesondere auch darauf stolz, dass wir den ersten kommunalen und erfolgreichen Bürgerentscheid in ganz Bayern gehabt haben. Dass solche Entscheidungen sehr, sehr langfristige Wirkungen haben, sieht man an den damals geforderten und beschlossenen drei Tunnels. Diese sind erst vor Kurzem umgesetzt worden. Deswegen ist es richtig, diesen Weg weiterzugehen. Die erfolgreichen Bürgerbeteiligungen, die wir auf kommunaler und auf Landesebene haben, sollen auch auf Bundesebene ermöglicht werden. Der Bürger soll insbesondere bei europapolitischen Fragen einbezogen werden.

Die Politik ist das Bohren dicker Bretter. Wie schon oft gesagt, ist unsere Haltung gegenüber Bürgerbegehren und Volksentscheiden klar. Sie wurde im letzten Mitgliederentscheid noch einmal eindeutig bestätigt. Leider konnten wir auf Bundesebene noch nicht alle überzeugen, aber wir arbeiten daran. Es ist gut, wenn wir im Bayerischen Landtag in dieser Hinsicht alle einer Meinung sind. Das ist auch ein gutes Zeichen für eine Demokratie. Lassen Sie uns alle daran arbeiten, dass wir das auch auf Bundesebene umsetzen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, darf ich Sie noch kurz von einer Entscheidung in Kenntnis setzen. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, in der letzten Plenarsitzung haben wir den Kollegen Martin Neumeyer verabschiedet, der aus dem Bayerischen Landtag ausgeschieden ist. Die Landeswahlleiterin hat gemäß Artikel 58 des Landeswahlgesetzes Herrn Florian Hölzl aus Pfeffenhausen als Listennachfolger festgestellt. Herr Hölzl ist seit dem 1. November Mitglied des Bayerischen Landtags. Lieber Herr Kollege, ich heiße Sie herzlich willkommen in unserer Mitte und wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrer parlamentarischen Arbeit.

(Allgemeiner Beifall)